

Resolution

SPD-Bezirksparteitag Hannover 15./16. Juni 2007

Rentenzugang flexibilisieren – durch gute Arbeit den Übergang ermöglichen!

Der SPD-Bezirksparteitag Hannover fordert ein Paket an Maßnahmen für gleitende Altersübergänge und altersgerechtes Arbeiten in Deutschland.

Der Anteil der über 55jährigen Erwerbstätigen in Deutschland muss in den kommenden zehn Jahren erheblich gesteigert werden. Die Anhebung der Altersgrenzen erfordert dringend eine nachhaltige Verbesserung der Beschäftigungschancen älterer Menschen.

Wir fordern eine Ausweitung fortlaufender Qualifizierung und Weiterbildung der Beschäftigten im Sinne lebensbegleitenden Lernens:

Wir fordern die Entwicklung eines Gesamtkonzepts für altersgerechtes Arbeiten, dessen Bestandteile die fortlaufende Qualifizierung, die Weiterbildung, die Schaffung einer entsprechenden Unternehmens- und lebendigen Lernkultur und entsprechende staatliche Anreize sein müssen. Dazu gehören die zwischen Management und Arbeitnehmervertretern thematisierten Fragen der Arbeitsorganisation, des Gesundheitsschutzes, der Gesundheitsförderung und der gesundheitlichen Prävention im Betrieb mit entsprechenden Beratungsangeboten gerade für kleine und mittlere Unternehmen.

Wir fordern eine flexible Reduzierung der Arbeitszeit besonders für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer:

Das Förderprinzip des Altersteilzeitgesetzes sieht vor, dass sich sowohl Arbeitnehmer als auch Arbeitgeber und die öffentliche Hand an den entstehenden Kosten beteiligen. Bei der Altersteilzeit müssen Arbeitnehmer Rentenabschläge akzeptieren, die teilweise durch den Arbeitgeber ausgeglichen werden. Die Bundesagentur für Arbeit gewährt nur bei Wiederbesetzung der Stelle einen 20-prozentigen Zuschuss.

Ein gleitender Übergang in den Ruhestand (mit Teilrenten und Aufstockungsbeträgen) ab dem 55. Lebensjahr muss möglich sein. Möglichkeiten einer kontinuierlichen Arbeitszeitauslenkung müssen stärker genutzt werden. Dies muss öffentlich unterstützt und begleitet werden.

Wir fordern deshalb eine differenzierte Altersteilzeitlösung. Für Beschäftigte, deren berufliche Lebenswirklichkeit von hohen körperlichen oder psychischen Belastungen, Schichtarbeit oder monotoner manueller Tätigkeit geprägt ist, muss eine Lösung gefunden werden, da sie in den seltensten Fällen bis zum 65. beziehungsweise 67. Lebensjahr berufstätig sein können.

Der SPD-Bezirk Hannover fordert eine Gesetzesinitiative für den Fortbestand auch der geförderten Altersteilzeit. Derzeit erreichen nur rund 20 Prozent der Beschäftigten das reguläre Renteneintrittsalter. Das Altersteilzeitgesetz muss verlängert werden, damit diesen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern keine massiven finanziellen Einbußen am Lebensabend drohen.

Um bei vorzeitigem Altersrentebezug Abschläge auszugleichen, muss auch die Möglichkeit geschaffen werden, dass Arbeitnehmer und/oder Arbeitgeber während der gesamten Dauer des Beschäftigungsverhältnisses zusätzliche Rentenversicherungsbeiträge leisten können.

Zusätzlich zum flexibilisierten Rentenzugang muss eine Beschäftigungsbrücke für Jugendliche – der gleitende Einstieg Jugendlicher durch den gleitenden Ausstieg Älterer - beschäftigungswirksam ergänzt werden. Die bisherige Regelung ermöglicht zahlreichen Auszubildenden die Übernahme, eine Zunahme der Jugendarbeitslosigkeit kann durch die Fortführung der Altersteilzeit verhindert werden.

Wir fordern altersgerechte Arbeitsbedingungen und verbesserten Berufsschutz für ältere Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und die gesundheitsschonende Gestaltung von Arbeitsplätzen

Wir fordern für körperlich oder psychisch besonders belastende Tätigkeiten die Möglichkeit zu schaffen, dass der Arbeitgeber für den Arbeitnehmer zusätzliche Rentenversicherungsbeiträge entrichtet. Wir sehen darüber hinaus die Notwendigkeit, grundsätzlich den Versichertenkreis und die Leistungsvoraussetzungen neu zu definieren.